

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Adress: No. 10, Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger:
Gedr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,00 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 9,00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Sprechstunden: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7-spaltige Normalzeile 90 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 3-spaltige Normalzeile 3 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.
Interesse sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefkastenbesetzung 20 Pf.

Nr. 236

Dresden, Sonnabend den 11. Oktober 1919

30. Jahrg.

Der Kampf um die Ukraine

Frankreich und Südrussland

Nach einem russischen Aufruf „An Alle“ veröffentlicht die Zentrale einen Bericht, der dem französischen Generalen Rouleux am 1. Juli 1917 durch seinen Rivier Agenten Pelissier gesandt wurde. Darin ist die Rede von der Gründung einer französischen Nationalbank zum Zwecke, das gesamte wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Leben der Ukraine von Frankreich abhängig zu machen. Die Ukraine sollte und soll auch heute noch zu einer französischen Kolonie gemacht werden.

Das amtliche Organ der Bolschewiki weiß sehr wohl, warum es diesen Bericht gerade jetzt veröffentlicht. Vor wenigen Tagen berichteten wir, daß die Ukraine an Lenin den Krieg erklärt habe. Die Veröffentlichung der Bolschewiki soll nun dazu dienen, die Ukraine in die Arme der Bolschewiki zu treiben. So viel ist sicher, daß alle Mandatstaaten trotz allen Gegenwärtigen eher mit der Räteregierung, die ihnen ihre staatliche Unabhängigkeit garantiert, zu verfahren bereit sind, als daß sie in einem reaktionären Rußland ihres Eigenlebens verlustig gehen wollen. Augenblicklich haben die Bolschewiki auch in der Ukraine allein noch Erfolg. Nach den einen Meldungen haben sie in Riewa bereits eingenommen, nach andern wieder steht die Einnahme der ukrainischen Hauptstadt nicht bevor. Die Räteregierung will durch die Veröffentlichung jedenfalls ihren Einfluß in der Ukraine verstärken.

Das wird ihr zur Zeit noch nicht gelingen. Die Entente scheint außerdem bemüht zu sein, den Konflikt zwischen der Ukraine und Denikin gütlich beizulegen. Gelingen wird ihr das in jedem Falle nur dann, wenn sie Denikin dazu veranlassen kann, in klaren Worten auf jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse der Ukraine für alle Zeiten Verzicht zu leisten. Mit dieser Aufgabe scheint Mallofo betraut worden zu sein, dessen Abreise von Paris nach Rußland gemeldet wird. Mallofs ist davon überzeugt, daß ein Kampf der Ukraine mit Denikin nicht so ganz aussichtslos ist. Denikin wie auch die Bolschewiki werden in der Ukraine nicht leicht und für alle Zeiten festen Fuß fassen können, da die rein nationalaffektiven ukrainischen Freischaren sie in beständigem Kleinkrieg zermürben. Außerdem haben die Ukrainer in den Kuban- und Krasnodar, die ebenfalls mit der reaktionären ukrainischen Politik Denikins ebenso wenig wie mit den Verbänden der Bolschewiki einverstanden sind, einen nicht zu unterschätzenden Helfer gewonnen.

270 000 Gefangene zurückgeführt

Berlin, 10. Oktober. Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilisolationen teilt mit: Die Gesamtzahl der Heimkehrer, die bis zum 9. Oktober in den Durchgangslagern eintroufen sind, beläuft sich auf rund 270 000 Mann. Alle Kriegsgefangenen, die auf französischem Boden sich in amerikanischer Hand befinden, sind jetzt zurück. Ferner befinden sich noch unter den Heimkehrer circa 8500 Mann, die in belgischer Kriegsgefangenschaft waren.

Abtransport deutscher Gefangener aus Polen.

Berlin, 10. Oktober. Nach Mitteilung des deutschen Kommandos für die Ausführung der deutsch-polnischen Annahmeverträge hat das polnische Oberkommando am 9. Oktober die notwendigen Weisungen zum Abtransport der deutschen Gefangenen erteilt. Demnach ist die Entlassung der etwa 1200 deutschen Gefangenen in den nächsten Tagen zu erwarten.

Fochs Drohnote

Aus Paris wird gemeldet: Der Oberste Rat der Verbündeten hat sich Freitag morgen am Quai d'Orsay versammelt, und von dem durch den Marschall Foch vorgelegten Entwurf der Antwort auf die deutsche Note vom 3. Oktober über die Räumung der baltischen Provinzen durch die Armee des Generals v. d. Goltz Kenntnis genommen. Der Oberste Rat hat in dem ihm vorgelegten Entwurf einiges geändert, um den der Konferenz neu bekannt gewordenen Vorfällen der letzten Zeit Rechnung zu tragen. Der Weisung des Generals v. d. Goltz, Rußland zu verlassen, des Antritts von Riga durch die deutschen Truppen und besonders der Aufrichtung einer deutsch-baltischen Regierung unter der Präsidentschaft des Grafen Bohlens.

Die Note des Verbandes wird wahrscheinlich heute nach Berlin abgerichtet werden. In ihrem Hauptteil stellt sie fest, daß die Versicherungen der deutschen Regierung und die durch die Tatsachen Lügen gestraft würden und daß die deutsche Regierung naturgemäß für das, was in den

baltischen Provinzen vorgehe, verantwortlich gemacht werden müsse, ebenso für die Widerwechlichkeit ihrer Soldaten. Ferner enthält die Note die Zwangsmittel, unter denen die Wiederaufrichtung der Blockade Deutschlands durch Einstellung der Lebensmittel- und Rohstoffsendungen seitens des Verbandes in Aussicht steht.

Deutschland und die Washingtoner Konferenz

Rotterdam, 11. Oktober. Nachdem bereits am Mittwoch im Haag eine Besprechung über die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz in Washington mit den Vertretern der dortigen deutschen Gesandtschaft und zwei Vertretern der deutschen Hochvereinigungen einverleibt und einem Vertreter des internationalen Bundes der Hochvereinigungen andererseits stattgefunden hatte, fand gestern eine zweite noch längere Besprechung zwischen einem Mitglied der deutschen Regierung und zwei Vertretern des internationalen Bundes statt.

Diese erklärten in ihrer Eigenschaft als Sekretäre des internationalen Bureau, daß, falls Deutschland und Österreich an der Konferenz teilnehmen würden, die Arbeitervertreter auf der Konferenz als ersten Punkt der Besprechung die Frage der Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten mit den Vorkäufen auf die Tagesordnung bringen würden. Sollte im Gegenzug zu der ausführlichen Erklärung, die das internationale Bureau in dieser Angelegenheit von den alliierten Regierungen empfangen hat, beschlossen werden, daß die deutschen und österreichischen Vertreter zugelassen sind, dann werden die Arbeitervertreter und alle im internationalen Verband angeschlossenen Länder sich sofort von der Konferenz zurückziehen und einen selbständigen internationalen Hochvereinigungs-kongress einberufen. Das Mitglied der deutschen Regierung erklärte daraufhin, er werde seiner Regierung raten, an der Konferenz teilzunehmen zu lassen.

D'Annunzio an die Südslawen

D'Annunzio richtete an die Bevölkerung von Kroatien und Fiume eine Proklamation, in der es heißt: Die Italiener und Kroaten, die Opfer einer finanziellen Justiz, haben ein gemeinsames Interesse daran, daß sich kein andres adriatisches Volk in einem Meere einrichtet, das ihm fremd ist und in dem es das Gebot und das Gleichgewicht wären würde. D'Annunzio erklärte sich bereit, unter Wahrung der Neutralität Fiumes durch den Hafen von Fiume die Entwicklung des kroatischen Handels zu sichern. Die Garantien, die Italien bieten kann, werden dauerhafter sein als jene, welche eine Koalition von kosmopolitischen Bankiers bietet. Diese Bankiers wollen Fiume Italien entreißen, nicht um es den Kroaten zu geben, sondern um es selbst auszuheben. Erhöht euch, Kroaten, gegen diese Intrigen und erkennt das Recht Italiens an, damit Italien auch eure Rechte anerkennt und jedes Mißverständnis zwischen uns und euch beseitigt.

Bern, 10. Oktober. Verleerung läßt sich in einer auffallend bestimmenden Darstellung aus Rom berichten, daß trotz der von London eingegangenen Versicherung die Lage Italiens ernst sei. Man könne noch lange nicht von der Möglichkeit einer baldigen Beilegung der Frage von Fiume sprechen. Aber auch die nationale Lage sei bedenklich, was am besten die Tatsache beweise, daß Italien zu einer überflüssigen Koalition des Friedensvertrages gezwungen wurde. Es sei aber nicht möglich gewesen, über den Friedensvertrag von Versailles weiter zu verhandeln, weil Amerika und England Italien einfach an der Gurgel genommen hätten. Dieses müßte sehr froh sein, wenn ihm eine auch nur die beschriebenen Interessen Italiens wahrnehmende Lösung der Frage zugestanden werde. Glorale d'Italia will behaupten können, daß Fiume von Regierungstruppen unter General Badoglio besetzt werden soll.

Schlusssitzung in Bologna

In der Schlusssitzung des Bologneser Sozialistenkongresses wurde hauptsächlich über die bei den Wahlen einzuschlagende Taktik gesprochen. Auch hier siegten wieder die maximalistischen Vorschläge. Angenommen wurde eine Tagesordnung zur Wahl. Danach mußte die Kandidatenliste die Billigung der Parteileitung haben, der auch das Recht zugesprochen wird, über die Parteizugehörigkeit der Gewählten zu entscheiden. In die Parteileitung wurden nur Maximalisten gewählt.

Lozari lehnte eine Wiederwahl als Parteisekretär ab. Wie Secolo mitteilt, soll er beabsichtigen, für die Neuwahlen keine Anhänger und die Reformisten zusammenzuschließen. Die Maximalisten dagegen werden bei den Wahlen in gewisser Hinsicht isoliert bleiben. Die Entscheidung liegt bei den Gewerkschaften mit ihrer Million straff organisierter Mitglieder.

Spartakus und die Eisenbahner

Von Ph. Rogur, M. d. R., Sekretär des Eisenbahnerverb.

Mit einer Fähigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, verfolgt der Spartakusbund das Ziel, die Eisenbahner als eine Sturmkolonne zur Eroberung der politischen Macht zu benutzen. Den Grund dafür finden wir in einem geheimen Rundschreiben ausgesprochen: „Die Eisenbahnerbewegung ist die Bewegung, die, wie keine zweite, der Bourgeoisie ans Mark geht. Ein Eisenbahnerstreik legt auf die Dauer eine starke Regierung matt, geschweige denn einen solchen halbverwesenen Körper, wie die Regierung Ober-Ruß.“ Entsprechend dieser Auffassung, daß es mit Hilfe der Eisenbahner gehen muß, die gegenwärtige republikanische Regierung zu stürzen, sucht der Spartakusbund mit allen Mitteln im Eisenbahnbetrieb festen Fuß zu fassen. Hier ist die Stelle, wo die politische Entscheidungsschlacht geschlagen werden soll, und daraufhin werden hier alle verfügbaren Machtmittel zusammengezogen.

Eine Flut von „Aufklärungschriften“ wird täglich über die Eisenbahner ausgeschüttet, um sie für den großen Kampf vorzubereiten. Es dürfte von Interesse sein, einmal die „Aufklärungsarbeit“ zu beleuchten. Vorausgeschickt sei dabei, daß der Spartakusbund seine Agitationsarbeit heute mehr den Gewerkschaften als den politischen Parteiorganisationen zuwendet. „Revolutionäre Betriebsorganisationen des Betriebswesens“ ist das Zauberwort geworden, das den Apparat der kapitalistischen Produktion in Unordnung bringen soll. Die Zersplitterung der Gewerkschaften, die Sabotage der Produktion und damit der Zusammenbruch des Wirtschaftslebens ist das nächste Ziel. Ist dies erreicht, dann folgt die Diktatur des Proletariats und damit der Sozialismus.

Um die Gewerkschaften zu unterminieren, wird ein Verleumdungskampagne gegen die leitenden Personen geführt, der vor keiner Beschuldigung zurückbleibt. Aber nicht nur die Führer werden beschimpft; ob und zu — vielmehr ohne daß er es selber weiß — legt Spartakus auch einen „Vollstrecker“ mitten in die Führergesellschaft. In einem Flugblatt an die Eisenbahner heißt es: Die Gewerkschaften haben erkannt, daß richtige Arbeiterräte der Betrieger der Gewerkschaften ein Ende bereiten würden. Ist das nicht schicklich, daß die Gewerkschaften erkannt haben, daß die Gewerkschaften — zu den Gewerkschaften gehören alle Mitglieder ohne Ausnahme — Betrüger sind! Arbeiterräte und Arbeiter sind zweierlei; denn so sagt das Flugblatt: „Arbeiterräte, die nur aus gewerkschaftlich approbierten Personen bestehen, sind keine Arbeiterräte.“ Hier muß reiner Tisch gemacht werden, und zu diesem Zwecke werden, nach den Ausführungen eines sozialistischen Redners in einer Eisenbahnerversammlung, sämtliche Gewerkschaftsführer mit Gewalt beseitigt. Es wird ein Konsenspunkt gemacht und die künftige Räteorganisation durchgeführt.

Zu den Flugblättern gefügt sich jetzt der Blick, das Organ der revolutionären Betriebsorganisation des Betriebswesens. In der ersten Nummer findet sich ein Aufruf, der wie folgt beginnt: „Eisenbahner, Arbeiter des Betriebswesens! An euch wenden wir uns, die ihr das Schicksal der Revolution, das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse in euren Händen tragt. Euch rufen wir auf zum Kampf, damit mit eurer Befreiung das ganze deutsche Proletariat frei werde von den Fesseln des Kapitals.“ Dann wird festgestellt, daß die Eisenbahner bisher unfrei waren, daß die Eisenbahnminister von Wobach bis Treitenbach jeden Arbeiter mehrregelten, „der für einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Betriebsarbeiter eintrat“, und im Anschluß daran wird dann die Frage aufgeworfen, wie sich die Eisenbahner angesichts dieser Zustände verhielten.

„Und die Arbeiter? Sie haben sich gebückt, haben sich jeder Mühe gefügt. Sie ließen sich fangen von den Redensarten über stumme Disziplin und abtreibliche Pflichterfüllung. Sie waren ja Staatsarbeiter, die sich abgaben von der ganzen übrigen Arbeiterklasse. Sie hielten ihre Rechte, ihre Adressen, sie hielten noch für einen Versuch.“

Es ist wirklich ein hartes Stück, von den so tief eingekerkerten Eisenbahnern nun im gleichen Atemzuge zu verlangen, daß sie der revolutionären Betriebsorganisation beitreten und den Blick leiten sollen. Geradezu niedrig aber können die Spartakisten die Eisenbahner ein, indem sie ihnen ausweisen, mit den vorrevolutionären Eisenbahnministern von Wobach bis Treitenbach, diesen ausgetrockneten Arbeiterorganisationsfeinden, den gleichen Strang zu ziehen; denn solche Winkler und die Spartakisten, sie sind sich ja einig in dem gleichen Ziel: Verhinderung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Wie so oft im Leben zeigt sich auch hier das alte Spiel: die „Vollstrecker“ aus dem Lager der Spartakisten mobilisieren Arm in Arm mit den abgewerkelten Reaktionen des ehemaligen monarchistischen Staates. Daran müßen die Eisenbahner erkennen, wohin der Weg führt. Ein Abgrund steht vor der deutschen Arbeiterklasse auf, und ganz offen und unmissig erklären die Spartakisten, ihr Weg führe in diesen Abgrund hinein. Dazu sollen die Eisenbahner helfen, sie sind es, die das Reich zugrunde